



Von der Zuflucht in deutsche Botschaften zur Einheit Deutschlands

ZEITZEUGENBERICHT VON DR. AXEL HARTMANN¹

Meine erste Erinnerung an die innerdeutsche Grenze geht zurück in den Winter 1956. Mein in Nordhausen lebender Großvater war lebensbedrohlich an Krebs erkrankt und meine Mutter wartete im 20 km entfernten Bad Sachsa auf die Genehmigung, in die DDR einreisen zu dürfen - und die kam nicht. Als sich der Zustand meines Großvaters verschlechterte, sagte sie kurz entschlossen: ich gehe über die Grenze und nehme den Jungen mit - dann werden sie mir schon nichts tun.

Mein Vater fuhr uns bei Zorge im Südharz direkt an die „Zonengrenze“ - wie sie damals hieß. Man setzte mich auf den Schlitten und ich hatte den Koffer zu halten. Dann ging meine Mutter durch eine Lücke im Stacheldrahtzaun auf das Gebiet der DDR. Die Grenze war damals nur durch einen solchen Zaun gesichert und hatte noch nicht die tödliche Perfektion späterer Jahrzehnte mit Minen, Selbstschussanlagen und Schießbefehl. Sofort waren wir von bewaffneten Grenzsoldaten umringt und man brachte uns nach Ellrich zur Volkspolizeikommandantur. Ein Grenzsoldat zog den Schlitten. Erst kurz vor Ellrich sagte er zu meiner Mutter: „Jetzt müssen Sie die Schnur nehmen, sonst kriege ich Ärger.“ Ein kleiner Hauch von Menschlichkeit in einem vom Kalten Krieg geteilten Land. Nach dem Verhör durften wir abends mit dem Taxi nach Nordhausen fahren.

Die Rückreise erfolgte mit der Bahn über Erfurt und Bebra nach Göttingen. In überfüllten Interzonenzügen waren wir zwölf Stunden unterwegs, um eine Reise zu machen, die in der Luftlinie gerade mal 20 km maß.

Ein Erfurter Journalist hat über mich geschrieben, dass ich mich beruflich gewissermaßen auf der Straße der Einheit bewegt habe. In der Tat gibt es diese beruflichen Bezüge. Es begann damit, dass ich nach dem Jurastudium an der Universität Würzburg Assistent bei Professor Blumenwitz wurde. Blumenwitz war der Prozessbevollmächtigte der Bayerischen Staatsregierung bei der Klage gegen den Grundlagenvertrag im Jahr 1973. Dieser Vertrag regelte die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR. Die Bayerische Staatsregierung war der Auffassung, dass dieser Vertrag gegen das Grundgesetz verstoße, weil er das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes aushebele. Das Bundesverfassungsgericht hat am 31. Juli 1973 entschieden, dass der Grundlagenvertrag verfassungskonform sei, je-

¹ Von 1989 bis 1991 war Dr. Axel Hartmann stellvertretender Leiter des Ministerbüros beim Chef des Bundeskanzleramts Rudolf Seiters. Einer breiteren Öffentlichkeit wurde er zuvor als „Engel von Budapest“ bekannt, indem er als Leiter der Konsularabteilung der Bundesdeutschen Botschaft in Ungarn zum Helfer ausreisewilliger DDR-Bürger wurde.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Dr. Axel Hartmann

Botschafter in Bratislava

www.DDRMythen.de

doch nur in der vom Gericht vorgegebenen Auslegung. Alles andere wäre damals in Anbetracht der politischen Gegebenheiten der frühen 70er Jahre eine außenpolitische Katastrophe gewesen, weil der Beitritt beider deutscher Staaten in die UNO unmittelbar bevorstand.

Das Urteil enthielt drei Kernpunkte:

1. am Wiedervereinigungsgebot als Verpflichtung für alle staatlichen Organe der Bundesrepublik Deutschland war unbedingt festzuhalten,
2. der Grenzcharakter der innerdeutschen Grenze als Binnen- und nicht als Außengrenze wurde bestätigt, es gab ja auch einen innerdeutschen Handel mit der DDR
3. an der Einheitlichkeit der deutschen Staatsangehörigkeit wurde festgehalten, also keine Unterscheidung in West- oder Ost-Staatsbürger.

Letzteres war aus meiner Sicht für meine spätere Arbeit in Budapest der wichtigste Aspekt, der bei diesem Urteil herausgekommen ist; denn sonst wären unsere Möglichkeiten, Flüchtlinge aus der DDR in den osteuropäischen Botschaften der Bundesrepublik zu betreuen, eingeschränkt worden.

Auch wenn damals niemand an die Wiedervereinigung in absehbarer Zeit glaubte, war das Urteil gewissermaßen eine Magna Charta der Deutschlandpolitik. Für mich waren diese Zusammenhänge zunächst lediglich wissenschaftlicher Stoff am Lehrstuhl. Damals ahnte ich nicht, dass ich ihn in meiner späteren beruflichen Laufbahn in der Praxis anwenden würde.

Im Jahr 1980 im Auswärtigen Amt angekommen, war ich zum Bereitschaftsdienst eingeteilt und verbrachte die Nacht im Lagezentrum, als ein verschlüsselter Bericht aus unserer Botschaft in Sofia einging. Darin stand, dass ein deutscher Ingenieur aus der DDR Zuflucht in der Botschaft gesucht habe. Die dortigen Kollegen baten um die Einleitung der üblichen Prozeduren. Das hieß, dass das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen eingeschaltet wird, das seinerseits Kontakt mit dem Ostberliner Anwalt Vogel aufnahm. Mich hat dieser Fall damals fasziniert. Auch waren solche Vorgänge stets geheim eingestuft.

Ein Jahr später wurde ich an die Botschaft in Budapest versetzt und merkte sehr schnell, dass diese Wahrnehmung von DDR-Bürgern mein täglich Brot ist und dass dies keineswegs ein Einzelfall war, sondern dass es eine Vielzahl solcher Fälle an den deutschen Botschaften in Osteuropa gab.

Die Freikaufpraxis von Botschaftsflüchtlern gab es seit dem Jahr 1963. Zwei Jahre nach dem Mauerbau war eine vertrauliche Vereinbarung zwischen dem damaligen innerdeutschen Minister Rainer Barzel und der DDR getroffen worden, humanitäre Fälle gegen Bezahlung zu lösen. Bis zum Mauerfall sind insgesamt etwa 33.000 Häftlinge auf diese Weise freigekauft worden und insgesamt 215.000 Familien zusammengeführt worden. Dafür wurde bis 1989 eine Summe von 3,4 Milliarden DM bezahlt. Das hört sich aus heutiger Sicht, wenn man sieht, was angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise verausgabt wird, eher bescheiden an. Aber damals war das sehr viel Geld.

Als ich im Oktober 1982 in Budapest eintraf, waren die Ost-West-Rahmenbedingungen sehr angespannt. Die Sowjetunion war drei Jahre zuvor in Afghanistan einmarschiert. Daraufhin erfolgte der Olympiaboykott von Moskau. Die NATO-Staaten waren zudem dabei, die sowjetische Vorrüstung im Mittelstreckenbereich durch den Nato-Doppelbeschluss und die Nachrüstung auszugleichen. Es bestand damals im wahrsten Sinne des Wortes eine Eiszeit in den Ost-West-Beziehungen. Zudem stand Polen seit dem Jahr 1981 unter Kriegsrecht und die vom polnischen Papst moralisch gestützte Gewerkschaft Solidarność hatte das, was wir da-

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Dr. Axel Hartmann

Botschafter in Bratislava

www.DDRMythen.de

mals den Ostblock nannten, zutiefst wirtschaftlich, finanziell und vor allem moralisch erschüttert.

Dies war die erste nachhaltige Veränderung in Osteuropa. Die Aufstände in der DDR im Jahr 1953, in Ungarn 1956 und der Prager Frühling 1968 wurden militärisch niedergeschlagen. Der Widerstand der Solidarność hingegen wirkte bis zum Jahr 1989 und zur Wende fort.

Die Generalsekretäre der KPdSU - auch das war damals ein Phänomen - wechselten seit 1982 im Jahrestakt: Breschnew, Andropow, Tschernenko und schließlich 1985 Michail Gorbatschow. Andropow war den Ungarn ohnehin in schlechter Erinnerung, weil er 1956 als sowjetischer Botschafter in Budapest maßgeblich zur militärischen Niederschlagung des Aufstands beigetragen hatte.

Der Zugang zur deutschen Botschaft in Budapest war im Gegensatz zu der in Bukarest und Warschau frei. Die Straßen, in denen die Botschaften in Bukarest und Warschau lagen, waren durch die Polizei gesperrt und es kam nur derjenige in die Botschaft, der eine schriftliche Einladung vorweisen konnte. DDR-Bürger, die in die Botschaft hinein wollten, mussten allerdings den Mut aufbringen, an den ungarischen Wachposten vorbei am Eingang den Klingelknopf zu drücken, und dann noch zu sagen, was sie wollten. Wir hatten damals ein gutes dutzend Bundesgrenzschutzbeamte in der Botschaft. Der diensthabende Beamte fragte natürlich, was die Petenten wollten. Dies war stets eine brenzlige Situation für DDR-Bürger, weil der ungarische Polizist daneben stand.

Die meisten wollten hinsichtlich ihres Wunsches auf Übersiedlung in die Bundesrepublik beraten werden. Sie beriefen sich „auf Helsinki“ und die in der KSZE-Schlussakte aus dem Jahr 1975 geregelte Familienzusammenführung, ohne allerdings in Besitz des Wortlautes der Schlussakte zu sein. Dieser war in der DDR nicht öffentlich zugänglich.

Eine wesentlich bessere „Anspruchsgrundlage“, - sofern man das Wort überhaupt verwenden darf, denn in der DDR gab es keine Anspruchsgrundlage, auf die sich ein Bürger berufen konnte -, war der internationale Pakt für bürgerliche und politische Rechte der Vereinten Nationen. Diesen Pakt aus dem Jahr 1966 hat die DDR 1977, ohne ihn zu publizieren, ratifiziert, also in eigenes Recht umgesetzt. In Artikel 12 des Paktes heißt es: „Jeder hat das Recht, jedes Land, einschließlich seines eigenen, zu verlassen“ - und im zweiten Absatz: „und in dieses wieder zurückzukehren.“ Ich habe den Deutschen aus der DDR immer einen Zettel gezeigt und folgendes gesagt: Schauen Sie sich das genau an, lernen Sie es auswendig und schreiben Sie es in Ihren Antrag.

Aufgrund der Vielzahl von Vorsprachen hatte ich einen guten Überblick über die Motive, aber auch über die Art und Weise, wie die zuständigen DDR-Stellen solche Ausreisewilligen drangsalierten. Das reichte von der Entfernung zum Arbeitsplatz, über öffentliche Pöbeleien bis hin zur Unterdrücksetzung von Verwandten und Freunden.

Alle, die den Schritt über die zuständigen Stellen beim Rat des Kreises oder beim Rat der Stadt gingen, hatten einen mühsamen und nervenaufreibenden Weg vor sich. Ich bemühte mich, ihnen insofern Mut zu machen, als ich über jede Vorsprache an das Innerdeutsche Ministerium berichtet habe und den Ausreisewilligen über Freunde und Verwandte im Westen Informationen zugekommen ließ, wie weit oder wie wenig sie mit ihrem Ausreiseersuchen vorangekommen waren.

Über die Motive für die Ausreisen gab es bewegende Schriftdokumente. Eine Ausreisewillige schrieb 1984 an den Staatsrat der DDR:

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Dr. Axel Hartmann

Botschafter in Bratislava

www.DDRMythen.de

„Ich bin es müde, offene Türen einzurennen und mein Leben mit unbefriedigender Beschäftigungstherapie zu verbringen. Da man sich bei uns lieber hinter Phrasen versteckt, als der Realität ehrlich ins Auge zu schauen, und Menschen, die noch Mut zu ehrlicher sachlicher Kritik finden, diskriminiert und damit in ihrer Würde verletzt, anstatt die Bemühung zu sehen, dass sie eventuell nach allgemeiner Verbesserung streben. Deshalb kann ich meinen Platz in dieser Gesellschaft nicht finden. Meinen Kindern möchte ich diese bitteren Erfahrungen ersparen. Eine Erziehung zur Zweigesichtigkeit und zum persönlichen Vorteil lehne ich entschieden ab.“

Schwieriger und komplizierter waren die Fälle, in denen die DDR-Bürger von vornherein als Zufluchtssuchende kamen und klipp und klar erklärten: Wir bleiben hier, egal, was Sie uns sagen und gehen hier nicht mehr raus, bis wir freigekauft werden. Was bis Anfang der 80er-Jahre nur in Einzelfällen vorkam, nahm ab dem Jahr 1984 dramatisch zu. Die Ursache dafür war, dass sich im März 1984 die Nichte von Willi Stoph mit ihrer Familie in der Prager Botschaft festgesetzt hatte. Eine große deutsche Boulevard-Zeitung berichtete über den für die DDR-Führung äußerst peinlichen Fall. Wenige Wochen später wurde bekannt, dass die Familie in die Bundesrepublik übergesiedelt war. Nach dem Motto, was die kann, können wir auch, suchten nun zahlreiche DDR-Bürger ab dem Sommer 1984 Zuflucht in der Botschaft in Prag, der Ständigen Vertretung Ostberlin und auch in der Botschaft Budapest.

Beim Erreichen einer kritischen Zahl von gut 100 Flüchtlingen führte dies zur vorübergehenden Schließung der Vertretungen in Ostberlin und in Prag. Im Jahr 1989 waren es übrigens zweimal 6 000 Flüchtlinge. Auch unsere Botschaft in Budapest wurde von einer großen Zahl Übersiedlungswilliger aufgesucht; denn Ungarn war ein beliebtes Touristenziel für die Deutschen aus der DDR.

Für mich war diese Form der Zufluchtsproblematik eine ambivalente Sache. Schließlich wusste ich, dass die sich in der Botschaft festsetzenden Flüchtlinge bevorzugt freigekauft würden, während die, die sich nur beraten ließen und in die DDR zurückgingen, mit den lokalen Behörden einen wirklich unendlichen und nervenaufreibenden Kampf durchfechten mussten und dabei noch erhebliche berufliche und persönliche Risiken eingingen. Die Drohung mit der Zwangsadoption der Kinder war eine von zahlreichen Einschüchterungsmaßnahmen der DDR. Die staatlichen Organe der DDR setzten immer an der empfindlichsten Stelle an, um der zunehmenden Zahl von Ausreisearträgen Herr zu werden.

Im Ergebnis hat diese erste Flüchtlingswelle im Jahr 1984 der DDR aber erhebliche Probleme bereitet und war gewissermaßen der Vorläufer für die politische Wende genau fünf Jahre später. Unter dem Druck der Ausreisewelle von 1984 hatte die DDR insgesamt 34000 Bürger innerhalb eines Jahres ausreisen lassen, während es im Jahr zuvor lediglich ein Drittel, nämlich 11000 Bürger, waren. Man irrte aber in der Wirkung dieser Maßnahme: denn je mehr DDR-Bürger in den Westen kamen, desto mehr berichteten ihren in der DDR zurückgebliebenen Freunden und Verwandten, auf welche Weise sie die Ausreise bewirkt hatten. So entstand gewissermaßen ein Schneeballsystem: die Zahl der Ausreisearträge explodierte und hatte im Jahr 1988 die Zahl von 180.000 erreicht. Der Druck nahm also zu und nicht ab, wie die DDR-Führung spekuliert hatte.

Die erste Ausreisewelle aus der DDR verlief im Sand, weil es den Fluchtwilligen nicht gelang, auf dem direkten Weg in die Bundesrepublik auszureisen. Auch war das, was wir damals den Ostblock nannten, insgesamt noch intakt. Durch ein System bilateraler Verträge hatte die DDR in den 70er-Jahren mit allen Warschauer-Pakt-Staaten vereinbart, keinen Staatsangehörigkeitswechsel auf deren Territorium zuzulassen. Das hieß in der Praxis, dass die Menschen nicht mit einem bundesdeutschen Pass in den Westen ausreisen durften, auch wenn wir ihnen diesen Pass gaben, denn sie waren ja Deutsche wie wir.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Dr. Axel Hartmann
Botschafter in Bratislava

www.DDRMythen.de

Die Bundesrepublik hatte an der Einheitlichkeit der Staatsangehörigkeit nach dem Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz aus dem Jahr 1913, also noch aus Kaiser Wilhelms Zeiten, festgehalten. Dieses Gesetz ist auch heute noch die Grundlage unseres Staatsangehörigkeitsrechts.

Insofern haben wir damals mit erheblichem Unbehagen Debatten verfolgt, bei denen auf die so genannten Geraer-Forderungen Honeckers von 1987 eingegangen wurde und zum Teil auch westdeutsche Politiker einer Respektierung der DDR-Staatsbürgerschaften das Wort redeten.

Für mich war es ein besonders spannendes Kapitel, wenn die Vorsprechenden klipp und klar erklärten, dass sie den Grenzdurchbruch wagen wollten. Ich ging in solchen Fällen oft weit über das hinaus, was die Weisungen des Auswärtigen Amtes erlaubten. Das Auswärtige Amt stand immer auf dem Standpunkt: Wir lassen die DDR-Bürger reden, sie sagen uns, was sie wollen, und ansonsten verhalten wir uns „rezeptiv“ – sagen also nichts. Aber so kann man kein Gespräch mit jemandem führen, der unbedingt raus will und der sich davon auch nicht abbringen lässt. Es war auch nicht unsere Aufgabe, die Leute davon abzubringen. Wenn ich mir einigermaßen sicher war, dass es wirklich ein Fluchtwilliger war und nicht jemand, der mir von der Stasi geschickt worden war, um auszuspähen, wie ich argumentiere und wie weit ich gehe - das hat es natürlich auch gegeben -, dann habe ich Erläuterungen über das Grenzsystem und Tipps im Hinblick auf die günstigsten Fluchtmöglichkeiten gegeben. Es sprach sich herum - das wussten wir auch -, dass die ungarischen Grenzanlagen bereits Mitte der 80er-Jahre technisch veraltet war. Sie bestanden zu diesem Zeitpunkt eigentlich nur noch, um die Flucht von DDR-Bürgern zu verhindern.

An der bulgarisch-griechischen Grenze, übrigens im Gebirge, waren die Grenzschilder ausschließlich in deutscher Sprache. Ein bulgarischer Schafhirte kam schließlich nicht auf die Idee, illegal nach Griechenland zu gehen.

Die Ungarn konnten bereits nahezu ungehindert in den Westen reisen. Ungarn hat, bevor man im Jahr 1989 begann, den Eisernen Vorhang zu öffnen, die DDR wiederholt aufgefordert, die Kosten für die Erneuerung der Grenzanlagen von etwa 180 Mio. \$ zu übernehmen. Dies wies die DDR aber mit dem Hinweis auf die internationalistische Verpflichtungen Ungarns zurück. Die Ungarn befanden sich zu diesem Zeitpunkt schon mitten im Demokratisierungsprozess und hatten für eine solche Haltung wenig Verständnis. Daraus ergaben sich für die DDR die bekannten Folgen.

Es gab an der ungarischen Grenze keinen Schießbefehl. Der bevorzugte Fluchtabschnitt war die Grenze zu Jugoslawien. Dort musste man aber unter Lebensgefahr durch die Drauschwimmen. Das ist ein Fluss, der auch im Sommer sehr kalt ist und der mit hoher Geschwindigkeit fließt. Es hat damals viele Tote gegeben. Auch das ist ein Kapitel, das noch aufgearbeitet werden sollte.

Als Ungarn im Jahr 1989 die Grenze öffnete und Reisen von DDR-Bürgern nach Ungarn verboten, sind viele Flüchtlinge in der Donau ertrunken, weil sie versuchten, von der Tschechoslowakei nach Ungarn zu gelangen, um dort über die offene Grenze herauszukommen.

Ich habe damals auch Pässe für DDR-Bürger ausgestellt, die bei Fluchtversuchen benutzt worden sind. Außerdem soll ich laut Stasi-Akte - aber das ist eine Spekulation der Staatssicherheit - „Schleusungen von DDR-Bürgern in türkischen Fleischtransportern vermittelt“ haben; wie ungeheuerlich.

In einer Vorlage des MfS vom 15. Juli 1984 über die völkerrechtswidrigen Praktiken der BRD-Botschaft in der UVR wurden mir eine „aktive negative Beeinflussung von DDR-Bürgern

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Dr. Axel Hartmann

Botschafter in Bratislava

www.DDRMythen.de

und Unterstützung der erpresserischen Versuche zur Erzwingung einer Übersiedlung in die BRD“ unterstellt. In einer Vorlage der Abteilung X des MfS vom 8. November 1984 an den Genossen Minister Mielke heißt es, Ungarn sei aufgefordert worden, gegen meine Aktivitäten an der Botschaft „politisch-operative und offensive Maßnahmen“ zu veranlassen. Das heißt in die praktische Politik übersetzt nichts anderes, als dass mich Ungarn zur persona non grata erklären und des Landes verweisen sollte.

Ungarn hatte zu diesem Zeitpunkt aber ganz andere Probleme. Der wirtschaftliche Niedergang hatte Anfang der 80er Jahre eingesetzt und über unsere Botschaft wurden Kreditanfragen bei deutschen Banken gestellt. Zudem wurden diskret Kontakte zur „Europäischen Gemeinschaft“ geknüpft, um Handelserleichterungen zu erwirken. Zu diesem Zeitpunkt hätte die Ausweisung eines westdeutschen Diplomaten kontraproduktiv gewirkt. Diesem glücklichen Umstand habe ich es wohl zu verdanken, dass ich meine Arbeit damals ungehindert fortsetzen konnte.

Offenbar ist die DDR auch in Bonn aktiv geworden. Es gab einen Erlass, den der damalige Leiter der Rechtsabteilung im Auswärtigen Amt, Dr. Bertele, verfasst hatte. Darin wurde ich gebeten, bei der Beratung von DDR-Bürgern etwas mehr Zurückhaltung walten zu lassen. Mein Botschafter eröffnete mir diesen Erlass und ging mit mir in die so genannte „Laube“. Das ist ein abhörsicherer Raum, den es damals in den deutschen Botschaften in Osteuropa gab. In diesem Raum hielt mir der Botschafter den Erlass vor und forderte mich auf, mich etwas mehr zurückzunehmen.

Daraufhin erwiderte ich: Herr Botschafter, das sind Deutsche wie Sie und ich, wir unterscheiden nicht nach der Staatsangehörigkeit und gemäß § 5 des Konsulargesetzes sind wir verpflichtet, Deutschen, die im Ausland in Not geraten, zu helfen. Somit sei die Beratung völlig einwandfrei. Dann hat mich der Botschafter entnervt angebrüllt: „Ich weiß was Sie tun, aber ich will es nicht wissen“. Ich habe meine Arbeit dann wie zuvor fortgesetzt.

Als ich Ende 1985 zur Nato versetzt wurde, hat der ungarische Geheimdienst einen guten Freund von mir zu Befragungen vorgeladen, bei denen er den ungarischen Sicherheitsbehörden berichten musste. Am Abend vor diesen Vorsprachen kam er immer etwas angespannt und zitternd zu mir und sagte, er müsse morgen wieder dort hin. Er fragte stets, was er ihnen sagen solle. Als er dann zur letzten Vorsprache vor meiner Ausreise bestellt war, hat der ungarische Oberst, der für meine Betreuung und Überwachung zuständig war, zu ihm gesagt, sie seien froh darüber, dass der Hartmann Ungarn verlasse. Ein schöneres Kompliment kann man von einem kommunistischen Geheimdienst nicht bekommen.

Als ich im Jahr 1985 erfuhr, dass ich bei der NATO im Bereich nukleare Planung und Abrüstung eingesetzt werde und aufgrund der dort vorgegebenen Geheimhaltungsstufe für mindestens zehn Jahre für jegliche Reisen in den Osten gesperrt wäre, entschloss ich mich, im März 1985 noch einmal in die DDR zu fahren, um vor Ort zu sehen, warum so viele Menschen raus wollten, aber auch, um Fluchtwillige, die in der Botschaft vorgesprochen hatten, zu treffen.

Mit einem nach langer Antragsfrist erteilten diplomatischen Visum der DDR fuhr ich dann von Helmstedt kommend nach Magdeburg und bemerkte sehr schnell die intensive Betreuung, die mir zuteil wurde. Ich musste sehr lange in Marienborn warten, und zwar wesentlich länger als die normalen Einreisenden. Irgendwann kam ein Zöllner. Die Passkontrolle war bereits erfolgt. Der Zöllner war klein und schwächling und trug eine große Mütze. Er fragte, ob wir Kurierepäck hätten. Darauf antwortete ich mit Nein. Dann fragte er, ob wir Waffen hätten. Die Antwort lautete Nein. Nun fragte er, ob wir Sprengstoff hätten. Ehe ich darauf antworten konnte, sagte meine Frau: Wieso, braucht man das hier?

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Dr. Axel Hartmann

Botschafter in Bratislava

www.DDRMythen.de

Ich bekam einen Schweißausbruch und dachte, das war's, wir müssen wieder umkehren. Der DDR-Zöllner zuckte einen Augenblick und wünschte uns dann salutierend auf Sächsisch eine gute Fahrt.

Ich hatte mich mit Ausreisewilligen, die in der DDR lebten, konspirativ verabredet, deren Fälle noch nicht gelöst waren. Ich wollte helfen und den Leuten ein wenig Mut machen. Dazu musste ich aber die Stasi-Herrschaften los werden, die mir ständig auf den Fersen waren. In der Region Magdeburg verfolgten mich zwei Wartburg und ein Lada. Ich fuhr einen Volvo. Das war ein sehr unfaires Rennen. Ich bin sie dann auch losgeworden. In den Beobachtungsberichten war dann zu lesen: „Hartmann wiederholt außer Kontrolle“.

Ich glaube, dass Täter-Opfer-Verhältnis war an dieser Stelle eher umgekehrt. Mein Aufenthalt in Wittenberg am 12. März 1985 wurde minutiös auf drei Seiten dokumentiert. Darin sind so viele Banalitäten enthalten, dass man sich fragt, ob diese Leute in der Produktion nicht besser aufgehoben gewesen wären. U.a. heißt es:

Um 09.39 Uhr verließ Dr. Hartmann das Hotel „Goldener Adler“. Um 10.38 Uhr betrat Dr. Hartmann die Buchhandlung „Das gute Buch“. Dort kaufte er mehrere Bücher. Dr. Hartmann legt sehr viel Wert darauf, dass die Bücher verpackt werden.

Um 11.40 Uhr überholte Dr. Hartmann kurz vor dem Ortseingang Torgau ein Fahrzeug der Beobachtungskräfte. Bei dem Überholvorgang winkte er den Insassen des Fahrzeuges zu.

„Er fotografierte die Beobachtungskräfte wiederholt“ - das kannten die bis dahin nur umgekehrt und verunsicherte sie. In der Gesamtbeurteilung heißt es: Es werde eingeschätzt, dass eine konspirative, operative Beobachtung des Hartmann nicht gewährleistet werden könne. - Die müssen richtig Stress gehabt haben.

Ich besuchte während meiner Reise mehrere DDR-Bürger und klärte mit ihnen das weitere Prozedere des Ausreiseverfahrens ab.

Lassen Sie mich nun zur Wende des Jahres 1989 kommen. Die Frage lautet: Warum war im Jahr 1989 alles anders als im Jahr 1984, als es schon einmal eine Flüchtlingswelle gab? Wo war also der „Urknall“, der zur Deutschen Einheit führte?

Zunächst einmal hatten sich die Rahmenbedingungen dramatisch geändert. Die Solidarność war nach wie vor ein Pfahl im Fleisch des kommunistisch regierten Polens. Im März 1985 hatte Michael Gorbatschow sein Amt als Generalsekretär der KPdSU angetreten, um den Sozialismus östlicher Prägung attraktiver zu machen. Sein Programm bestand aus Glasnost und Perestroika. Franz Josef Strauß, der bekannte bayerische Politiker, spottete darüber, dies gleiche dem Versuch, Schneebälle zu rösten.

So war es auch: Indem Gorbatschow nicht nur innenpolitisch, sondern auch außenpolitisch die Beziehungen im Warschauer-Pakt-Gefüge veränderte, entwickelte sich dieser Pakt explosionsartig auseinander. Als Osteuropa-Referent im Kanzleramt war ich höchst überrascht, dass im Kommuniqué anlässlich des Jugoslawienbesuchs von Generalsekretär Gorbatschow im März 1988, also anderthalb Jahre vor der Wende, der Satz zu finden war, dass es jedem Land im sozialistischen Block überlassen bleibe, seinen eigenen Weg zum Sozialismus zu suchen. Die förmliche Abkehr von der bis dahin auch gewaltsam durchgesetzten Breschnew-Doktrin der begrenzten Souveränität sozialistischer Staaten – Stichwort: Prager Frühling - weckte die Reformgeister nicht nur in Ungarn, sondern auch in Polen.

Im Jahr 1987 bin ich bei meinem Antrittsbesuch beim ungarischen Gesandten in Bonn mit der Aussage überrascht worden, dass Ungarn nun demokratische Reformen durchführe, alle

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Dr. Axel Hartmann

Botschafter in Bratislava

www.DDRMythen.de

Freiheitsrechte garantiere und die Wirtschaft künftig an den marktwirtschaftlichen Prinzipien von Ludwig Erhard ausrichten werde. Ich weiß noch, dass ich völlig fassungslos war. Ich kannte ihn noch aus meiner Budapester Zeit.

Ich habe dann meinem Abteilungsleiter im Bundeskanzleramt über das Gespräch berichtet und besorgt hinzugefügt: Der redet sich um Kopf und Kragen. Wir haben damals nicht begreifen und nicht wahrnehmen wollen, dass Ungarn derart dramatische Veränderungen vorbereitet. Wenn man sich den ungarischen Reformprozess vor Augen führt, dann ist das streng genommen ein Staatsstreich gewesen; denn die Bevölkerung war ganz ruhig. Es gab lediglich kleine Oppositionszirkel. Vielmehr ist der Kommunismus von oben, also der Staatsführung selbst abgeschafft worden. Das ist etwas, was man an dieser Stelle noch einmal deutlich machen sollte.

Die Ungarn führten dann die Versammlungsfreiheit ein und legalisierten somit die Oppositionsgruppen. Die Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei verzichtete Anfang 1989 auf ihren Führungsanspruch. Zeitgleich mit den Reformbemühungen in Ungarn zwang die Solidarność die polnische Regierung an den Runden Tisch, um über eine Beteiligung an der Regierungsmacht zu verhandeln.

Das Sputnik-Verbot in der DDR im Herbst 1988 demonstrierte auch nach außen, dass die Sowjetunion in ihrem Reformdrang schon wesentlich weiter war als die DDR, deren Ignoranz von Kurt Hager mit den Worten beschrieben wurde: Man müsse sein Zimmer nicht neu tapezieren, nur weil der Nachbar es tue. - Dabei hieß es doch immer: „Von der Sowjetunion lernen, heißt siegen lernen.“

Bei der Beantwortung der Frage, warum diese gewaltige demokratische Revolution im Jahr 1989 erfolgte, komme ich auf einen ganz konkreten Termin, und zwar auf den 2. Mai 1989 zu sprechen. Seit dem 21. April 1989 war ich Referent im Büro des Bundesministers für besondere Aufgaben und Chefs des Bundeskanzleramtes, Rudolf Seiters. Ich saß abends zum Aktenvortrag bei Herrn Seiters und nebenbei lief der Fernseher. Ich trug ihm vor und dann kam auf einmal in der Sendung „ZDF-heute-Journal“ ein Bericht aus Budapest. Als der Name Budapest fiel, wurde ich sofort aufmerksam. Man sah ungarische Grenzsoldaten, die mit Drahtscheren am maroden Eisernen Vorhang herumschnippelten. Daraufhin sagte ich spontan: „Oh Gott, das gibt Arbeit“.

Minister Seiters sah mich an und fragte, warum? Ich erwiderte: „Herr Minister, wenn das die Leute in der DDR sehen, dann fangen sie an zu laufen; denn das einzige, was die suchen, ist das Loch im Zaun. Jetzt bekommen sie es über das Fernsehen geliefert“.

Dieser 2. Mai 1989 war gewissermaßen der Urknall für all das, was dann in den Folgemonaten abgelaufen ist.

Doch das, was Ungarn der Weltöffentlichkeit mit dieser symbolischen Durchtrennung des Eisernen Vorhangs gezeigt hat, entsprach letztlich nicht der Realität; denn es gab nach wie vor die Vereinbarung zwischen Ungarn und der DDR, dass niemand ohne die Zustimmung der DDR über ein anderes Land ausreisen darf. Somit war es den DDR-Bürgern nach wie vor nicht erlaubt, über Ungarn in den Westen zu gelangen.

Übrigens hat Honecker am Folgetag Generaloberst Hoffmann in der Politbürositzung gefragt, was denn da an der ungarischen Grenze los sei. Hoffmann antwortete nach Rückfrage bei den Ungarn, es habe sich am Grenzregime nichts geändert – das stimmte zu diesem Zeitpunkt auch. Was sagt uns aber die Honecker-Frage? Der Bericht war nur im ZDF gelaufen, Honecker hatte also Westfernsehen geschaut!

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Dr. Axel Hartmann

Botschafter in Bratislava

www.DDRMythen.de

Normalerweise wurden DDR-Flüchtlinge, die an der ungarischen Grenze aufgegriffen wurden, verhaftet und an die DDR rücküberstellt. Dort wurden sie dann zu hohen Haftstrafen verurteilt. Die Ungarn waren aber dazu übergegangen, diese DDR-Bürger nicht mehr zu verhaften, sondern nur zurückzuweisen. Der Flüchtlingsstrom wurde immer größer und das Merkwürdige war, dass die Leute nun alle in die deutsche Botschaft in Budapest rannten.

Die deutsche Botschaft war daraufhin in Kürze voll, so dass – auch das war anders gegenüber 1984 - Hotels und Pensionen angemietet wurden. Diese hatten eine Kapazität von einigen hundert Personen. Dann waren auch diese voll und dann ging das immer weiter. Letztlich wurde ein riesiges Flüchtlingslager im Stadtteil Pest von den Maltesern eingerichtet, wo Tausende von DDR-Bürgern untergebracht waren. Es waren im Grunde genommen noch sehr viel mehr Flüchtlinge. Viele haben sich nur registrieren lassen und wohnten bei Freunden. Es war ein unübersehbares Chaos eingetreten.

Für uns stellte sich die Frage, wie die Ungarn damit umgehen. Warum, so fragten wir uns, überstellt Ungarn die Flüchtlinge nicht mehr an die DDR? Die Antwort darauf war, dass Ungarn ein eigenes Flüchtlingsproblem hatte, nämlich mit den Menschen der ungarischen Minderheit in Rumänien. Es gab damals weit mehr als 12.000 Flüchtlinge aus Rumänien, die von Ceauşescu fürchterlich drangsaliert wurden. Diese Menschen hätten aufgrund einer Vereinbarung, die Ungarn und Rumänien abgeschlossen hatten, an Rumänien rücküberstellt werden müssen. Weil die Ungarn das nicht wollten und die noch sozialistische Regierung das innenpolitisch nicht überstanden hätte, haben sie klammheimlich am 12. März 1989 die Genfer-Flüchtlingskonvention ratifiziert.

In den Genuss der Regelungen dieser Flüchtlingskonvention kamen wenige Wochen später automatisch auch die Deutschen aus der DDR. Auch sie sagten, dass sie Flüchtlinge seien und in den Westen wollten. Dann griff die Weltpresse das Thema auf und setzte es auf die Tagesordnung.

Ausgerechnet in dieser kritischen Phase, in der das Ganze für die DDR unkontrollierbar wurde, fiel Honecker aus. Er kollabierte auf dem Warschauer-Pakt-Gipfel in Bukarest, schwer krebserkrank, und trat bis Anfang Oktober nicht mehr in Erscheinung. In den für die DDR entscheidenden Monaten war die DDR im wahrsten Sinne des Wortes kopf- und führungslos. Keiner seiner Vertreter und keiner seiner Mitstreiter sah sich in der Lage, für die DDR verbindliche Erklärungen abzugeben. Alles, was zu hören war, war Propaganda. Margot Honecker erklärte: „Wir werden den Sozialismus notfalls mit der Waffe in der Hand verteidigen.“ Egon Krenz sandte im Juni 1989 ein Glückwunschtelegramm an die Genossen in China für die blutige Niederschlagung des Aufstandes auf dem Tiananmen-Platz.

Dies registrierten wir natürlich auch im Kanzleramt. All unsere Bemühungen, eine humanitäre Lösung des Flüchtlingsproblems herbeizuführen, stießen bei der DDR auf taube Ohren. An dieser Stelle kamen die Ungarn ins Spiel. Ungarn hatte seit Herbst 1988 einen neuen, sehr dynamischen jungen Ministerpräsidenten: Miklós Németh. Németh suchte nach einer Lösung des Problems; denn Ungarn war nicht gewillt, deutsch-deutsche Auseinandersetzungen auf seinem Territorium austragen zu lassen.

Ein erster Probelauf für die Grenzöffnung war das so genannte „Paneuropäische Picknick“ am 19. August 1989. Für wenige Stunden war die Grenze bei Sopron geöffnet worden. Das nutzten Hunderte von DDR-Bürgern zur Flucht. Miklós Németh, mit dem ich einmal eine Podiumsdiskussion in Berlin bestreiten durfte, sagte, er habe in seinem Leben noch nie so viel Angst gehabt wie am 19. August 1989, weil er nicht gewusst habe, wie die Sowjetunion reagieren werde.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Dr. Axel Hartmann

Botschafter in Bratislava

www.DDRMythen.de

Flankenschutz gab Bundeskanzler Kohl. Er telefonierte mit Gorbatschow, um ihn nach seiner Meinung zu dieser ungarischen Aktion zu fragen. Dieser antwortete, die Ungarn seien gute Menschen. Damit war klar, dass sich die Sowjetunion nicht in diese Flüchtlingsproblematik einmischen und vor allem nicht militärisch intervenieren würde.

Wenige Tage später, am 25. August 1989, kam es dann auf Schloss Gymnich bei Köln zu einem spektakulären Treffen zwischen Bundeskanzler Kohl und Ministerpräsident Németh. Németh erklärte dabei ohne Umschweife: Herr Bundeskanzler, wir öffnen die Grenze und lassen die Menschen aus der DDR ausreisen. Der Bundeskanzler war völlig überrascht und fragte sinngemäß: Was können wir denn für Ungarn tun? Németh hat die Frage so verstanden, als ginge es jetzt um Geld und antwortete: „Herr Bundeskanzler, wir verkaufen keine Menschen“. Auch das will ich hier mit aller Deutlichkeit sagen; denn es ist von interessierter Seite immer behauptet worden, Ungarn habe die DDR verkauft. Diese Behauptung hatte jedoch zumindest keinen finanziellen Hintergrund.

Németh bat darum, diese Absprache noch geheim zu halten, da zunächst versucht werden sollte, die DDR-Führung zum Einlenken zu bewegen. Mit dieser heiklen Mission wurde der nach Bonn mitgereiste Außenminister Gyula Horn betraut, der im Übrigen - auch das soll hier einmal klargestellt werden - keineswegs ein Befürworter der Öffnung der Grenze für die DDR-Flüchtlinge war. Er hat immer gesagt: Wir haben eine Vereinbarung mit der DDR und die dürfen wir nicht brechen. Über diese Gespräche in Ostberlin, die sehr turbulent verlaufen sein müssen, hat mir Istvan Horvath, der langjährige ungarische Botschafter in Bonn, später einmal berichtet, dass es dort fast zu Handgreiflichkeiten mit der DDR-Führung gekommen sei. „Konterrevolutionäre“ war die mildeste Form der Beschimpfung, die die DDR-Vertreter den ungarischen Gesprächspartnern entgegenschleuderten. Aber Ungarn blieb standhaft und schlug sinnbildlich den ersten Stein aus der Berliner Mauer.

Am 10. September 1989 wurde die ungarische Grenze für die DDR-Flüchtlinge geöffnet; der Eiserne Vorhang war im Grunde zerrissen. Denn die Mauer machte ja nur Sinn, solange eine durchgehende Grenze von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer gewährleistet war. Von nun an war es eine Frage der Zeit, wann die Mauer in Berlin fallen würde. DDR-Bürgern wurden nun auch Reisen nach Ungarn untersagt. Nach Polen konnten sie privat damals sowieso nicht reisen; denn dort wirkte die Solidarność, von der die DDR-Führung zu Recht annahm, dass sie das sozialistische System untergrabe.

Als letzte Ausweichmöglichkeit für die DDR-Bürger blieb ab September 1989 nur noch Prag. Dort haben sich dann die bekannten Szenen in der deutschen Botschaft abgespielt. Der internationale Druck auf der Vollversammlung der Vereinten Nationen und der bevorstehende 40. Jahrestag der DDR führten dazu, dass die Ostberliner-Führung – Honecker war inzwischen wieder an Bord – die Flüchtlinge über die DDR in die Bundesrepublik ausreisen ließ.

In einer beeindruckenden friedlichen Revolution erzwangen die Menschen in der DDR zunächst die Öffnung der Mauer und dann über den Runden Tisch die Durchführung freier, gleicher und geheimer Wahlen in der DDR.

Wir im Bundeskanzleramt waren von dieser Entwicklung völlig überrascht. Es gab im Gegensatz zu den 50er-Jahren, in denen man Wiedervereinigungspläne en détail ausgearbeitet hatte und bereits ein Wahlgesetz für Gesamtdeutschland beschlussfertig in der Schublade lag, keinerlei Vorkehrungen oder Pläne für eine derartige Situation. Das wird auch an dem Umstand deutlich, dass der Bundeskanzler am 9. November 1989 gar nicht in Bonn, sondern auf einem Staatsbesuch in Warschau war, wo seit wenigen Wochen Thaddäus Mazowiecki die Regierung führte.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Dr. Axel Hartmann

Botschafter in Bratislava

www.DDRMythen.de

Dass wir wirklich überrascht waren, kann ich Ihnen anhand einer persönlichen Geschichte erzählen. Der 9. November 1989 war zugleich auch der sechste Geburtstag meiner Tochter Brigitta. Am Nachmittag rief meine Frau an und sagte, ich müsse sofort nach Hause kommen, die Kinder gingen über Tisch und Bänke. Sie werde der Sache nicht mehr Herr. Daraufhin ging ich zu Herrn Seiters - der stets sehr familienfreundlich eingestellt war - und sagte: Herr Minister, ich muss schnell nach Haus, dort ist Kindergeburtstag. Er antwortete am 9. November 1989 gegen 15 Uhr sinngemäß: Herr Hartmann, gehen Sie nur, heute passiert sowieso nichts mehr.

Wie bekannt, kam alles ganz anders! Die erste praktische Reaktion auf die Maueröffnung war, dass wir das Begrüßungsgeld für die Menschen aus der DDR erhöhten, damit die Menschen, die jetzt in den Westen kommen konnten, D-Mark hatten, um einkaufen zu können. Die zweite politische Reaktion war die „Zehn-Punkte-Erklärung“ von Bundeskanzler Kohl am 28. November 1989, in der er der DDR eine Vertragsgemeinschaft, konföderative Strukturen und konkrete Hilfsmaßnahmen anbot. Wir alle waren damals gehalten, das Wort „Wiedervereinigung“ mit Blick auf unsere völlig irritierten Verbündeten im Westen nicht in den Mund zu nehmen, geschweige denn aufzuschreiben. Deshalb war in diesen zehn Punkten auch nur von den „konföderativen Strukturen“ die Rede.

Die Zeiten, in denen die drei Westalliierten bei dem so genannten Nato-Frühstück jährlich den Kernsatz gemäß Artikel 7 Abs. 2 des Deutschlandvertrages aus dem Jahr 1952 bekräftigten, waren vorbei. Darin hieß es: „Ein gemeinsames Ziel ist, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt.“ Das war ein völkerrechtlicher Vertrag, der zwischen den USA, Frankreich und Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland geschlossen wurde. Kein Mensch hatte geglaubt, dass sich an dieser Stelle – zumindest zu diesem Zeitpunkt - noch etwas tut. Man hatte den Eindruck, alle liebten die Abkommen von Jalta und Potsdam und keiner wollte daran etwas ändern.

Ein negativer Höhepunkt dieser Irritationen auf eigentlich befreundeter Ebene war der Aufschrei von Margaret Thatcher gegenüber Helmut Kohl auf dem Straßburger Europa-Gipfel am 12. Dezember 1989. Nachdem alle Versuche eine deutsche Wiedervereinigung zu verhindern an Bundeskanzler Kohl abperlten - wobei sich auch politische befreundete Regierungschefs (Andreotti; „Ich habe Deutschland so lieb, dass ich am liebsten zwei davon habe“) nicht mit Kritik zurückhielten - rief Frau Thatcher entnervt über den Tisch: „Zweimal haben wir euch geschlagen und jetzt seid ihr wieder da!“.

Der einzige, der Helmut Kohl auf dem Straßburger Gipfel beigesprungen ist, war der spanische Regierungschef, Felipe González, ein Sozialist. Danach hatte Felipe González in Helmut Kohl stets einen Fürsprecher. Wenn er auf der EU-Ebene etwas für sein Land erreichen wollte, dann sagte Kohl: Das machen wir!

Die Wogen in der Debatte glätteten sich erst, als der amerikanische Präsident George Bush (Senior) erklärte, es sei Sache der Deutschen, zu bestimmen, ob und wie sie zusammenleben wollen, sofern die internationalen Rahmenbedingungen geklärt seien.

Die Wiedervereinigung - das will ich noch einmal ganz klar sagen - verdanken wir aber auch ganz wesentlich Michael Gorbatschow, der im Einigungsprozess Konzessionen gemacht hat - beispielsweise bei der Nato-Ausweitung und der Personalstärke der Bundeswehr, die unter seinen Vorgängern, wohl aber auch unter seinen Nachfolgern undenkbar gewesen wären.

Vor allem aber waren es die Menschen in der DDR, die das Tempo vorgaben und die die Einheit wollten. Ich kann gern bestätigen, dass sie die Bundesregierung damals vor sich hergetrieben haben. Nach der denkwürdigen Veranstaltung am 19. Dezember 1989 vor der

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Dr. Axel Hartmann

Botschafter in Bratislava

www.DDRMythen.de

Frauenkirche in Dresden war klar, dass die Einheit kommt. Über die freien Wahlen, die Wirtschafts- und Währungsunion, den Einigungsvertrag und den Zwei-plus-Vier-Vertrag wurden nach dem Mauerfall innerhalb von nur elf Monaten Tatsachen geschaffen. Der Beschluss der Volkskammer vom 25. August 1990, gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes der Bundesrepublik beizutreten, war dann nur noch der formale Schlussakt einer gewaltigen historischen Veränderung.

Begonnen hatte der Erosionsprozess in der DDR in kleinen Zirkeln, in denen Menschen ihre Menschenrechte einforderten. Die Flüchtlinge in den osteuropäischen Botschaften beschleunigten diesen Prozess. Ihrem „Wir wollen raus!“, stellten andere, die für Reformen in der DDR stritten, ein trotziges „Wir bleiben hier!“ gegenüber. Beides gemeinsam erzwang die Veränderungen, die schließlich zur Deutschen Einheit führten.

Lassen Sie mich zum Schluss noch eine kleine Anekdote erzählen, die sich tatsächlich ereignet hat. Der Beschluss der Volkskammer vom 25. August 1990, den ich eben erwähnte, bestimmte den Beitritt gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes. Dazu gab es ein Anschreiben von Frau Bergmann-Pohl. Sie war damals Präsidentin der Volkskammer. Diesem Schreiben war auf Büttenpapier gedruckt der Beschluss der Volkskammer beigelegt. Das Ganze kam in einem normalen Umschlag etwa drei, vier Tage später im Bundeskanzleramt an. Es kam dann in die Registratur, dort wurde es mit dem Stempel „Registratur Bundeskanzleramt“ versehen. Dann kam es zu mir, weil ich als stellvertretender Büroleiter von Minister Seiters die Verfügungen zu treffen hatte. Danach ging der Vorgang zu Minister Seiters - er machte seine Paraphe - und dann ging das Schreiben in das Büro des Bundeskanzlers. Plötzlich stand mein Kollege aus dem Büro des Bundeskanzlers wutschnaubend vor mir und fragte, was mir den einfallen würde, dieses historische Dokument mit meiner Tinte zu verunzieren.

Ich erwiderte, Herr Kollege, das ist ganz normal eingegangen und entsprechend behandelt worden. Außerdem ist das eigentliche Beitrittsdokument unbefleckt; denn ich habe nur das Anschreiben paraphiert. Er sagte, so gehe das nicht und ist wieder gegangen. Er hat dann im Büro von Frau Bergmann-Pohl angerufen und eine Zweitschrift fertigen lassen. Diese Zweitschrift hat er dann dem Bundeskanzler vorgelegt und sie hat wohl auch dessen Wohlgefallen gefunden.

Beim Regierungswechsel 1998 sagte der Kollege zu Bundeskanzler Kohl, dieses Dokument müsse nun dem Museum für die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland übergeben werden. Daraufhin fingen alle an zu suchen, doch keiner fand es. Der Kollege schrieb in einem Aufsatz für eine historische Zeitung daraufhin Folgendes: „Nachdem die unbefleckte Zweitschrift leider nicht mehr zu finden war, habe ich das Erstexemplar mit den Paraphen dem Museum übergeben.“